

# NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport**

**am 01.10.2003**

**Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

---

Vorsitz :Stv. Karl Roßel

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

---

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Im Rahmen der Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger fragt Fr. Friedrich nach, ob die Antworten zu dem von ihr eingereichten Fragenkatalog betr. Schießanlage Wi-Dotzheim vorliegen. Vorsitzender Roßel verweist auf den in dieser Angelegenheit heute auf die Tagesordnung gesetzten Punkt und stellt Einvernehmen darüber fest, dass Fr. Friedrich zu diesem Tagesordnungspunkt Rederecht erhält.

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 19:17 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport am 01.10.2003**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

## **Tagesordnung**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet eine gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit statt.

0050 03-A-09-0010  
Lärmbelastungen durch die Tontauben-Schießanlage Wiesbaden-Dotzheim

Vorsitzender Roßel: Er habe ein Gespräch mit dem Deutschen Schützen Bund (DSB) geführt, wonach diesem die schriftliche Zusage des Bundesinnenministeriums vorliege und Investitionen für die Schießanlage Rheinblick mit dem Ziel der Ausstattung zum Bundesleistungszentrum gewährt würden. Kurzfristig sollen hiervon noch 1,0 Mio. € 2003/2004 verausgabt werden; auch im Bereich Schallschutz wolle man hier investieren.

Stv. Pfeiffer: Seit 1982 habe der Verein die Genehmigung. Die im Jahr 2001 erstellten Sitzungsvorlagen ergäben hinsichtlich der Geräuschbelastungen keinen Handlungsbedarf. Die Fragen von Fr. Friedrich seien unverschämt. Zudem werde mittlerweile lärmindernde Munition verwendet.

Fr. Friedrich: Anliegen von Bürgern halte sie nicht für unverschämt. Sie möchte wissen, welche Auflagen der Schützenverein bekommen kann, damit es erträglicher wird. Fragt nach den Antworten des Magistrats zu ihren Fragen.

Stv. Pfeiffer: Maß von Fairness erwartet er auch von Bürgern. Wenn Polemik verbreitet würde, werde auch mit Polemik geantwortet.

Stv. Dr. Reinhardt: Leistungen des Umweltamtes seien erst durch den Fragenkatalog dem Ausschuss mitgeteilt worden. Liste, die der Verein am Anfang des Jahres einreicht sollte transparent gemacht werden; ebenso die Messungen des Amtes.

Herr Schuster: In der Vergangenheit habe es keine Beschwerden gegeben. Ohne Beschwerden gebe es keinen Grund tätig zu werden. Daher habe es im vergangenen Jahr keinen Bericht gegeben.

Fr. Friedrich: Die Beschwerden, die beim Polizeirevier abgegeben würden, gingen in den meisten Fällen nicht an das Umweltamt weiter. Zudem habe sie sich an die Absprache vor einem Jahr in diesem Gremien gehalten, dass man die Sache beobachten und sich dann wieder beraten wolle. Dies

werde ihr nun zum Vorwurf gemacht. Falls eine Fraktion sich durch ihre Fragestellung unverschämt behandelt fühle entschuldige sie sich dafür. Das sei nicht ihre Absicht gewesen. Sie fühle sich jetzt hingehalten, wenn ihr zum Vorwurf gemacht werde, dass sie sich ja ein Jahr nicht beschwert habe.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport am 01.10.2003**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Dr. Schmidt: Schlägt vor, nun die angekündigten Bauarbeiten des DSB abzuwarten und dann erneute Messungen zu betrachten..

einstimmig

Die gemeinsame Sitzung endet um 17.40 Uhr

-Sitzungsunterbrechung von 17.40 Uhr – 17.47 Uhr-

0051 03-F-01-0051  
Auswirkungen der Kürzung von Landesmitteln für Initiativen, Vereine und Verbände  
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.09.2003-

Der Magistrat möge berichten, wie sich die von der Landesregierung geplanten radikalen Sparmaßnahmen, hier insbesondere die Kürzung der freiwilligen Leistungen um 33 Prozent, auf Initiativen, Vereine und Verbände in Wiesbaden auswirken.

Vorsitzender Roßel begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Diehl: Welcher Verein konkret betroffen sei, sei nicht aussagbar. Es seien Globalkürzungen. Diese werden gerne umgedruckt und zugeschickt. Falls danach noch Redebedarf bestünde könne der TOP erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

einstimmig

0052 03-A-09-0009  
Abschluss der Schwimmbadsaison 2003  
Sachstandsbericht

Herr Fulle berichtet und sagt die Vorlage des Zahlenmaterials in schriftlicher Form zu.

einstimmig

0053 03-F-05-0003  
Finanzielle Zuschüsse für Schwimmbäder  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16.04.2003 –

Der Ausschuss für Freizeit und Sport möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten, dem  
Ausschuss für Freizeit und Sport zu berichten, welche finanziellen Mittel für die nächsten

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport am 01.10.2003**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Jahre erforderlich sein werden, um das Freibad Maarau und das Hallenbad Kostheim auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und wirtschaftlich attraktiv zu gestalten?

Oberbürgermeister Diehl: Man wisse derzeit nicht was man ausbebe, da man noch nicht wisse, was man einnehme (z.B. Gewerbesteuer). Daher seien die Anmeldungen noch relativ hoch bei allerdings nicht einschätzbarer Entwicklung.

Stv. Fulle gibt dem Ausschuss einen Überblick über das Investitionsbudget der Schwimmbäder für 2004/2005.

Stv. Kracht: Möchte den mündlichen Zwischenbericht heute zur Kenntnis nehmen. Der Antrag sollte aber noch schriftlich konkret beantwortet werden.

einstimmig

0054 03-F-03-0050  
Freibäder  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2003 -  
Der Ausschuss möge beschließen und der Stadtverordnetenversammlung vom  
25.09.2003 zur Beschlussfassung vorlegen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

-zu berichten wie weit die Überlegungen und Gespräche zwischen den beiden  
Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz zu einem gemeinsamen Betrieb des  
Schwimmbades Maarau gediehen sind,

-Planungsstudien für die Frei- und Hallenbäder zu erstellen, die aufzeigen, welche  
Sanierungsschritte in den verschiedenen Bereichen der Bäder notwendig bzw. möglich  
sind ohne den Badebetrieb still zu legen, und welche Mittel hierfür in den kommenden  
Haushalten veranschlagt werden müssten

-ein Konzept zu erarbeiten, das längere Schwimmzeiten in den Freibädern der  
Landeshauptstadt Wiesbaden ermöglicht,

-eine Kampagne für die kommende Badesaison zu entwickeln, mit der Bürgerinnen und  
Bürger auf das Thema Sauberkeit in den Freibädern der Landeshauptstadt Wiesbadens  
hingewiesen werden,

-ein Zigarettenentsorgungskonzept zu entwickeln, das eine "kippenfreie" Liegewiese in  
den Bädern zum Ziel hat.

Stv. Müller begründet den Antrag. Möchte über Antrag erfahren, was in den einzelnen Bädern  
vorgesehen sei, ohne Bäder zu schließen.

Vorsitzender Roßel: Hinsichtlich der Zigarettenentsorgung habe er von Alutüten im DIN A 6 Format  
gehört, die sich bewährt hätten.

Stv. Pfeiffer: Unterstützt diesen Antrag.

Herr Fulle: Im Kleinkinderbereich sei für die kommende Saison ein Nichtraucherbereich geplant.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport am 01.10.2003**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Oberbürgermeister Diehl: Eine Arbeitsgruppe sei zu diesem Thema eingesetzt. Diese befasse sich zum einen mit der Kooperation Mainz/Wiesbaden und zum anderen mit dem betreiben der Bäder durch Dritte. Vorteile seien hier die bessere Personalverwaltung, wegfallende Investitionen und die Tatsache, dass Verwaltung und Einkauf in einer Hand seien.

Man habe ein großes Interesse an der Qualität/Attraktivität der Bäder und bei den Eintrittspreisen wolle man mitreden.

Dies tangiere aber nicht die Sichtweise der Privaten. In Zusammenarbeit Mainz/Wiesbaden wäre dies bei vielen Bädern ein gangbarer Weg. Mit Mainz würden ab 15. Oktober entsprechende Verhandlungen geführt werden. Eine Überlegung sei beispielsweise die Einführung eines Badepasses, der einen gewissen Preis sichere. Ohne Pass sei der Eintritt teurer.

Stv. Kracht regt an eine gemeinsame Sitzung der Sportausschüsse der Städte Mainz und Wiesbaden durchzuführen. Dies sei nicht nur Thema der Verwaltung.

einstimmig

0055 03-F-03-0061  
Schließfächer und Toiletten für Jogger/Joggerinnen  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS/90DIE GRÜNEN vom 22.09.2003-  
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

zur Erhöhung der Attraktivität der Waldlaufstrecken für JoggerInnen und Förderung des Breitensports einen Container mit Schließfächern und Toiletten in der Nähe der Haltestelle der Linie 1 am Fuße des Nerobergs aufzustellen.

Begründung: Insbesondere Läuferinnen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad zu ihrer Laufstrecke gelangen, benötigen Schließfächer um ihre Straßenkleidung und Wertsachen sicher aufzubewahren sowie die Möglichkeit sich umzukleiden.

Stv. Hubert Müller begründet den Antrag. Ein ihm nun vorliegender Kostenvorschlag belaufe sich auf 15.000 Euro. Diese Höhe habe man nicht vorhergesehen. Daher sollte an einen Container ohne Toiletten gedacht werden zur Kostenminimierung.

Stv. Pfeiffer: Der Antrag sei ein Fass ohne Boden. Es gebe nach seinem Kenntnisstand 20-30 Joggerstellen in Wiesbaden.

Stadtrat Niedenthal: Ein Raum im Bereich Nerotal könne eventuell gefunden werden. Für andere Orte sei dies aber nicht möglich. Lauftreffs organisierten Bewachungen selbst.

Stv. Gores: Es sollte publik gemacht und dokumentiert werden welche Lauftreffs es gebe und welche vereine, die hierfür ihre Räume zur Verfügung stellen würden.

Stv. Frau Kracht: Sieht mit dem Sportlerbrief an Ende des Jahres die Möglichkeit den Lauftreffs die Empfehlung zu geben sich mit den Vereinen in Verbindung zu setzen.

Stadtrat Niedenthal: Lauftreffs erhielten diesen Sportlerbrief nicht.

Stv. Müller: Bittet den Antrag um einen Sitzungszug zurückzustellen, damit sich in der Sache interfraktionell beraten werden könne.

einstimmig

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport am 01.10.2003**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0056 03-A-09-0008  
Parkplatzsituation bei den Sportanlagen Amöneburg, Kloppenheim und Igstadt  
Sachstandsbericht

Vorsitzender Roßel: Bittet um Klärung, wie die Mittel in den Haushalt eingestellt wurden, obwohl dies bei den letzten Haushaltsberatungen negativ beschieden wurde.

Stadtrat Niedenthal: Sei gleich zu Beginn eingestellt worden. Es stimme nicht, dass die Maßnahme abgelehnt worden sei. Lediglich Igstadt wurde nicht aufgenommen aufgrund unterschiedlicher Besitzverhältnisse.

einstimmig

0057  
Verschiedenes

Herr Kohl (Vertreter AKBehinderter): Bedankt sich zunächst für die große Unterstützung, die ihm durch die Stadt zuteil wird. Nun habe der Verein einen Bescheid über die halbjährliche Zahlung eines Heizkostenzuschusses in Höhe von 740 Euro erhalten.

Eine Beitragserhöhung sei nicht durchsetzbar. Die Krankenkostenzuschüsse für ambulante REHA-Maßnahmen würden immer geringer werden. Ein Hauptfinanzierungsmerkmal falle damit weg. Die Kosten für die neue halbjährliche Gebühr sei sehr schwer aufzufangen.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, Oktober 2003

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Roßel

Paa